Tages-Anzeiger – Mittwoch, 16. August 2023

Schweiz

«Lösen Klima-Aktionen nur Ärger aus, sollte man andere Formen suchen»

Helvetas-Chefin über Aktivismus Regula Rytz beschäftigt sich auch als neue Präsidentin des Hilfswerks mit dem Klimawandel. Für dessen Opfer fordert sie mehr Geld. Die Methoden der Klimakleber sieht sie aber kritisch.

Charlotte Walser

Frau Rytz, es ist Wahlkampf, und Sie sind nicht mehr dabei. Wie fühlt sich das an? Ich schaue immer nach vorne und nie zurück.

Vor vier Jahren, als Sie noch Parteipräsidentin waren, genoss die Klimabewegung viel Sympathie. Die Grünen gewannen die Wahlen. Nun scheint die Stimmung gekippt zu sein. Was ist passiert?

Vor vier Jahren kämpften wir dafür, dass die Klimakrise überhaupt wahrgenommen wird. Das haben wir geschafft, wie das Ja zum Klimaschutzgesetz gezeigt hat. Die nächste Etappe ist anspruchsvoll. Jetzt geht es um das konkrete Handeln, um den Ersatz von Heizungen zum Beispiel. Hier kommen finanzstarke Lobbys ins Spiel, die Lösungen blockieren, um ihre fossilen Geschäftsmodelle zu verteidigen – wie früher die Tabakindustrie, die versuchte, das Rauchen zu beschönigen.

Bei «Klimabewegung» dachte man vor vier Jahren an Greta Thunberg und ihren Schulstreik. Heute denkt man an die Klimakleber.

Sie denken vielleicht an die Klimakleber. Ich denke an die Aktivistinnen und Aktivisten des Klimastreiks, die Klimaseniorinnen, die Architektinnen und Architekten für das Klima ... Die Klimakleber sind nur ein kleiner Teil der Bewegung.

Laut dem SRG-Wahlbarometer gehören sie aber zu den grössten Ärgernissen der Bevölkerung. Können Sie das nachvollziehen?

Nein, eigentlich nicht. Ich bin viel unterwegs, und ich bin noch nie einer Klimakleberin begegnet. Hingegen gibt es Parteien, die mit gefälschten Bildern die Klimakleber-Aktionen für ihren Wahlkampf nutzen. Für mich ist das Trumpismus. Ausserdem: Ärger ist das eine. Das andere sind die langfristigen Sorgen. Und dazu gehört an vorderster Stelle die Klimakrise, wie das Sorgenbarometer zeigt.

Finden Sie Strassenblockaden sinnvoll?

Ich verstehe, dass viele junge Menschen die Geduld verlieren. Schliesslich geht es um ihre Zukunft. Aber eine Bewegung muss immer wieder überlegen, ob sie mit dem, was sie tut, ihre Ziele erreicht – nämlich Veränderungen auszulösen. Die Klimakleber erreichen ihre Ziele offensichtlich nicht.

Darf eine Bewegung nicht

einfach provozieren?
Es gibt unterschiedliche Bewegungen. Wenn man – wie in der Klimakrise – das Ziel hat, zum Handeln anzuregen, muss man sich schon überlegen, wie man das Ziel erreicht. Wenn Aktionen nur Ärger auslösen, sollte man andere Formen suchen.

Die Grünen sind aus einer Bewegung entstanden. Ist



«Ich verstehe, dass viele junge Menschen die Geduld verlieren»: Regula Rytz. Foto: Adrian Moser

es für die Partei deshalb schwierig, sich von Bewegungen abzugrenzen?

Parteien und Bewegungen haben Verbindungen, aber unterschiedliche Aufgaben. Bewegungen sind dazu da, das Scheinwerferlicht auf Themen zu lenken. Parteien müssen Lösungen ausarbeiten und Kompromisse schliessen. Ich habe mich als Parteipräsidentin darum bemüht, das Gespräch zu suchen, aber auch eine gewisse Distanz zu wahren.

Der menschengemachte Klimawandel wird infrage gestellt. Was antworten Sie

Ehemalige Präsidentin der Grünen

Regula Rytz war zwischen 2012 und 2020 Co-Präsidentin und Präsidentin der Grünen. 2019 kandidierte sie ausserdem für den Bundesrat. Bis im Frühjahr 2022 sass Rytz im Nationalrat. Von 2005 bis 2012 war sie Mitglied der Stadtregierung von Bern. Heute ist die 61-Jährige als selbstständige Beraterin und als Präsidentin des Hilfswerks Helvetas tätig. (wal)

jenen, die sagen, es habe schon immer heisse Sommer und Extremereignisse gegeben?

Das ist eine laute, aber kleine Minderheit, die unter dem Einfluss von Fossillobbys steht. Diese Minderheit stellt sich gegen die nötigen Veränderungen – mit Argumenten, die keine faktische Grundlage haben. Die Fakten sind klar: Jährlich kommt ein neuer Temperaturrekord, die Meere sind so warm wie noch nie. An manchen Orten ist die Hitze lebensbedrohend. Jenen, die den Klimawandel anzweifeln, sage ich: Leben Sie einmal ein halbes Jahr in Moçambique oder Mali. Dann reden wir weiter.

Seit einem Jahr sind Sie Präsidentin des Hilfswerks Helvetas. Hat das Ihren Blick auf den Klimawandel verändert?

Bedrückend finde ich, dass jene Länder am stärksten von der Klimaveränderung betroffen sind, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Helvetas ist in Ländern tätig, die grosse Veränderungen spüren. Dürrekatastrophen und Unwetter zerstören ganze Ernten. Wir verstärken deshalb unsere Anstrengungen im Bereich der Landwirtschaft. Dank einem Projekt für wasserarme Reisproduktion zum Beispiel haben Tausende Bäuerinnen und Bauern weniger Dürrerisiken und mehr Einkommen.

Der Bundesrat hat vor den Sommerferien seine Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit der kommenden Jahre vorgelegt. Die Hilfswerke sind empört. Warum?

Der Bundesrat setzt auf bewährte Schwerpunkte. Aber er stellt die notwendige Finanzierung nicht bereit. Die Unterstützung der ärmsten Länder des Südens wird massiv gekürzt. Dabei hat sich die Schweiz wiederholt dazu verpflichtet, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Das erfüllt sie schon jetzt nicht. Und nun soll noch weiter abgebaut werden.

Sie sprechen von einem Abbau. Aber das Budget bleibt gleich wie in der Vergangenheit.

Nominal ist es gleich viel Geld, rund 12 Milliarden Franken für vier Jahre. Aber wegen Das UNO-Welternährungsprogramm braucht heute fast 50 Prozent mehr, um die gleiche Wirkung zu erzielen, weil die Lebensmittel- und die Transportkosten so enorm gestiegen sind. Inzwischen werden in Flüchtlingslagern die Essensrationen gekürzt. Und trotzdem will der Bundesrat nun auch noch 1,6 Milliarden für die Ukraine-Hilfe aus dem Entwicklungsbudget abzweigen. Der Wiederaufbau des kriegsversehrten Landes würde so zulasten der Ärmsten in Afrika und Asien gehen. Das geht so

der Inflation sinkt der Wert.

«Die Menschen wissen, dass es eine sichere und stabile Schweiz nur in einer sicheren und stabilen Welt gibt.»

Sollte die Ukraine denn keine Hilfe erhalten?

Doch, natürlich. Die Ukraine braucht dringend Hilfe. Dafür müssen aber andere Finanzierungsquellen gesucht werden so wie damals für die Osteuropahilfe nach dem Mauerfall. Wir bedauern auch, dass der Bundesrat den Ausbau der humanitären Hilfe ohne Aufstockung des Entwicklungsbudgets finanzieren will. Nothilfe ist wichtig, damit wird Feuer gelöscht. Aber es braucht mehr langfristige Entwicklungsarbeit, um die Brandursachen zu bekämpfen.

Wo soll gespart werden zugunsten von Entwicklungshilfe und Ukraine-Hilfe?

Es ist am Parlament, eine Lösung zu finden. Aber es ist naheliegend, dass ein Jahrhundertereignis wie der Krieg gegen die Ukraine ausserordentliche Massnahmen erfordert. Die Studie eines Genfer Ökonomen zeigt, dass die Schweiz gemessen an ihrer Wirtschaftskraft eine äusserst rigorose Schuldenbremse hat. Sie könnte mehr investieren, ohne die finanzielle Stabilität zu gefährden.

Sehen Sie im Parlament Chancen für eine Lockerung der Schuldenbremse?

Es wird intensive Debatten geben. Ich bin aber zuversichtlich, dass auch in der bürgerlichen Mitte viele gegen einen Abbau in der Entwicklungszusammenarbeit sind. Gemäss der jährlichen Sicherheitsumfrage wünschen sich 65 Prozent der Bevölkerung mehr Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit. Nur 14 Prozent finden, dass wir zu wenig für die Armee ausgeben. Die Menschen wissen, dass es eine sichere und stabile Schweiz nur in einer sicheren und stabilen Welt gibt.

Youtube sperrt SVP-Wahlvideo

Urheberrecht Ein neuer SVP-Wahlclip verschwindet von der Onlineplattform. Haben die Politiker unrechtmässig kopiert?

Das Video hat am Montag innert weniger Stunden über 10'000 Klicks gesammelt: «Das isch d'SVP» heisst der neue Wahlkampfsong der grössten Schweizer Partei. Im Clip tanzt die SVP-Parteiprominenz in einem Club in der Region Zürich, unter anderem machen Energieminister Albert Rösti, Präsident Marco Chiesa und Fraktionschef Thomas Aeschi mit. Initiator des Videos ist der Zürcher Nationalrat und Banker Thomas Matter, der schon früher ähnliche Projekte lanciert hatte.

Der Clip ist nun allerdings von der Videoplattform Youtube verschwunden. Es findet sich dort ein Hinweis, dass Sony Music Publishing eine Beschwerde wegen Urheberrechtsverletzung erhoben habe.

Im Refrain des SVP-Songs heisst es: «Tanz mit de SVP / tanze tuet doch niemerdem weh». Die Melodie gleicht dem US-Hit «We Are Family» von Sister Sledge aus dem Jahr 1979.

Am Montagmorgen hatte sich der Satiriker Patrick Karpiczenko, bekannt als Karpi, eingeschaltet. Er wies den Mitkomponisten Nile Rogers sowie den Musikkonzern Sony Music auf Twitter darauf hin, dass die SVP ein «Cover» von «We Are Family» publiziert habe: «Ich nehme an, sie haben dafür die Erlaubnis eingeholt.»

Thomas Matter hatte im Vorfeld der Publikation keinen Kontakt zu den «We Are Family»-Urhebern. Er sagt, er habe den Song zusammen mit einem befreundeten Produzenten geschrieben und sich selbst ausgedacht. Es handle sich nicht um ein Cover. «Die Sperrung ist offensichtlich politisch motiviert», so der Nationalrat am Telefon. Der Satiriker Karpi habe online ausdrücklich davon gesprochen, die SVP «verpetzen» zu wollen.

Matter hat Youtube aufgefordert, das Video wieder aufzuschalten. «Zudem prüfen wir rechtliche Schritte gegen die Verursacher der Sperrung – also unter anderem Sony Music.»

Wer ist Urheber des Songs?

Warum kann Sony Music überhaupt eine Sperrung veranlassen? Giorgio Tebaldi von der Schweizer Urheberrechtsgesellschaft Suisa erklärt: Wenn jemand einen Song ohne Veränderung covert, also mit Originaltext und melodie, braucht man dafür keine Freigabe des Werkinhabers. Der Covernde erhält dann aber auch keine Rechte am Song. Wenn man einen völlig neuen Song komponiert, wird man selbst Urheberin oder Urheber.

Heikel ist der Zwischenbereich, wenn also jemand Elemente eines Songs nimmt und zu etwas Neuem zusammenbaut. Beispielsweise ein Sample verwendet oder eine Melodie oder einen Textteil. Dies ist eine Bearbeitung eines Werks. «In einem solchen Fall braucht man die Freigabe des Rechteinhabers», sagt Giorgio Tebaldi.

Die knifflige Frage ist nun, wie ähnlich sich die SVP-Melodie und der «We Are Family»-Refrain sind. «All diese Punkte müsste letztlich ein Gericht entscheiden», sagt Tebaldi.

Mario Stäuble